

Mein NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabe 4 | April 2015

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der März stand ganz im Zeichen der Frau. Genauer: der Politik für Frauen. Wir haben die Frauenquote durch den Bundestag gebracht, Verbesserungen für Alleinerziehende diskutiert, den Equal Pay-Day „gefeiert“ und natürlich den Internationalen Frauentag am 8. März.

Und einmal mehr stand der Monat im Zeichen unserer starken SPD-Frauen. Ob Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig oder Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles:

Beide konnten sich nicht über zu wenig Kritik und Seitenhiebe aus den Unionsfraktionen beschweren. Wer von den Konservativen so viel Gegenwind bekommt, der muss als SPD-Frau eigentlich alles richtig machen ...

Ich jedenfalls freue mich über unsere durchsetzungsstarken Frauen in Regierung und Fraktion. So kann es weiter gehen!

Und daher zum Start des neuen Newsletters mein Bundestags-Selfie mit Manuela Schwesig am Rande der Bundestagsdebatte über die dann endlich beschlossene Frauenquote. Fakten und Positionen zu diesen und vielen weiteren Themen gibt's auf den kommenden Seiten.

Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Viele Grüße!



INHALT

- 2 ... Veranstaltungstipps & Griechenland
- 3 ... EPD & Quote
- 5 ... KLARTEXT: Die Maut
- 7 ... Lisas Post aus den USA
- 8 ... TTIP & Co.
- 10 ... Unterwegs in Unterfranken
- 17 ... MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Ihr Bundestagsabgeordneter **Bernd Rützel** lädt ein:



TTIP & CETA

mit meiner Bundestagskollegin
Claudia Tausend (München)

am Dienstag, den 14.04.2015, um 19 Uhr,
in der Gaststätte "Zum letzten Hieb",
Frankenstraße 1, 97737 Gemünden-Langenprozelten

Ukraine-Krise
IS-Terror
Afghanistan-Abzug

**Die Rückkehr der
Verteidigungspolitik**
Deutschland & die NATO in der neuen Krisen-Zeit

Information
& Diskussion

Mi, 1. April, 19 Uhr
Max-Dauthendey-Saal
im Falkenhaus, Marktplatz

Karl-Heinz Brunner
Mitglied des Bundestages
Mitglied im Verteidigungsausschuss
& im Unterausschuss „Abrüstung“

Moderation:
Bernd Rützel
Mitglied des Bundestages
Vorsitzender der UnterfrankenSPD



TSIRPAS UND KOTZIAS ZU GESPRÄCHEN IN BERLIN

Es ist gut, dass deutsche und griechische Politiker wieder miteinander sprechen. Griechenland und Deutschland sind nicht nur als Staaten auf europäischer Ebene verbunden, sondern ganz konkret durch die vielen Griechen, die hier bei uns leben, hervorragend integriert sind und unsere Gesellschaft bereichern. Auch viele Deutsche leben in Griechenland. Außerdem reisen jedes Jahr mehr als 2 Millionen deutsche Touristen in dieses schöne Land, um dort die Sonne und die Atmosphäre zu genießen.

Zur Beziehung beider Länder gehört auch das Erinnern an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Dieser historisch-moralischen Verantwortung müssen wir uns stellen – und das tun wir auch. Die Frage von Reparationen ist für die Bundesregierung rechtlich und politisch abgeschlossen. Ich halte auch nichts davon, sie mit der Euro-Debatte zu verbinden.

Davon unbenommen muss Griechenland endlich ein glaubwürdiges Reformpaket vorlegen. Für mich ist „Grexit“ keine Option. Der wäre für Europa vielleicht wirtschaftlich verkraftbar (für Griechenland wohl kaum), politisch aber ein Desaster und der größte Rückschlag, den die EU in ihrer Geschichte zu verarbeiten hätte. **Gerade jetzt, wo internationale Krisen den politischen Alltag bestimmen, hoffe ich auf den europäischen Zusammenhalt.**

Aus dem PARLAMENT



EQUAL PAY DAY: GESETZ ZUR ENTGELT- GLEICHHEIT KOMMT

Am letzten Freitag war der Tag, bis zu dem Frauen arbeiten mussten, um denselben jährlichen Durchschnittslohn wie Männer zu erwirtschaften. 22 Prozent beträgt die unbereinigte Lohnlücke und ist damit seit Jahren fast unverändert. Diese Ungleichheit müssen wir endlich beenden. Dafür werden wir dieses Jahr den entscheidenden Schritt machen und die von Frauenministerin **Manuela Schwesig** geplanten gesetzlichen Regelungen zur Herstellung von Entgeltgleichheit auf den Weg bringen.

Es ist blamabel, dass das wirtschaftlich erfolgreiche Deutschland in dieser Hinsicht EU-weit unter den Schlusslichtern ist.

Selbst wenn man aus der Statistik herausrechnet, dass Frauen öfter in Teilzeit arbeiten, für die Familie im Beruf pausieren und seltener in Führungspositionen sind, bleibt eine Lohnlücke von 7 bis 8 Prozent. Dabei handelt es sich um unmittelbare Lohndiskriminierung.

Ich bin froh, dass nun endlich Taten folgen, damit dieser Missstand beendet wird. Gesetzliche Regelungen



Bei der zentralen Kundgebung zum Equal Pay Day 2015 am Brandenburger Tor war meine Praktikantin Carolin Krutsch eingerahmt von (v.l.) SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, DGB-Chef Reiner Hoffmann, Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und mir.

zur Entgelttransparenz sind dabei ein riesiger erster Schritt. Nur wo Lohndiskriminierung offengelegt wird, kann sie bekämpft werden.

Doch Transparenz alleine reicht nicht, um die Lohnlücke zu schließen. Berufe, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, müssen besser entlohnt werden. Der Mindestlohn hat uns dabei ein großes Stück vorgebracht. Darüber hinaus müssen die frauentypischen Berufe und deren Anforderungen neu bewertet werden. Genauso wichtig ist es, die Kinderbetreuung auszubauen und die

Partnerschaftlichkeit in den Familien zu stärken.

Mit dem Elterngeld Plus haben wir ein Instrument, das nicht nur Männern in der Familie mehr Möglichkeiten verschafft, sondern auch Frauen im Beruf beweglicher macht. Die Frauenquote wird vor allem in der Wirtschaft das ihre dazu tun, einen Kulturwandel in den Chefetagen zu beschleunigen und die Unterschiede bei den Gehältern zu verringern.

Mit der Kombination all dieser Bausteine tragen wir dazu bei, die Lohnlücke zu schließen. Ich bin sicher, dass der Equal Pay Day bald deutlich früher im Jahr stattfinden wird. Ziel bleibt allerdings das zeitliche Zusammenfallen von Equal Pay Day und Silvester auf denselben Tag.

Aus dem PARLAMENT



PÜNKTLICH ZUM WELTFRAUENTAG: DIE QUOTE IST GESETZ

Mit dem Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen für Führungspositionen schrieb der Deutsche Bundestag am 6. März, zwei Tage vor dem Internationalen Frauentag, ein Stück Gleichstellungsgeschichte.

Künftig müssen die Aufsichtsräte von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen mit mindestens 30 Prozent Frauen besetzt sein.

Die breite Zustimmung macht deutlich, dass niemand mehr ernsthaft an der Notwendigkeit der Quote zweifelt. Der erste Schritt zur faktischen Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft ist damit getan. Außerdem wird festgelegt, dass sich Unternehmen öffentlich überprüfbare Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und in den beiden oberen Führungsebenen setzen müssen.

Mit diesen gesetzlichen Regelungen wird sich die Unternehmenskultur nachhaltig und spürbar zum Positi-

ven verändern, auf alle Ebenen auswirken und für mehr Gleichstellung sorgen. Ja, es sind nur wenige Frauen direkt von dieser Regelung betroffen bzw. profitieren davon. Aber wir sollten nicht unterschätzen, wie sich hiermit die Kultur in den Unternehmen verändern kann. Und das wiederum hat Auswirkungen auf nahezu alle Frauen, die im Berufsleben stehen. Noch nicht heute und noch nicht gleich morgen, aber mittelfristig schon. Und hierzu war dieses Gesetz enorm wichtig.

SCHÄUBLES VORSCHLÄGE SIND UNZUREICHEND

Die Vorschläge von Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) zu Kinderfreibetrag und Kindergeld sind aus unserer Sicht unzureichend. Auch dürfen Maßnahmen zur Entlastung von Alleinerziehenden nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Nach den Vorstellungen Schäubles sollen Kinderfreibetrag und Kindergeld erst für die Jahre 2015 und 2016 angehoben werden. Die verfassungsrechtlich gebotene – wenn auch geringe – Erhöhung für 2014 will er dagegen unterlassen. Damit würde sich die Bundesregierung rechtlich angreifbar machen.

Problematisch ist insbesondere, dass die einseitige Initiative keine Verbesserungen beim Entlastungsbetrag für Alleinerziehende vorsieht. Gerade hier sind Entlastungen dringend geboten. Sie müssen ein Anliegen der gesamten Bundesregierung sein und dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Ich bin froh, dass unsere SPD-Ministerin Manuela Schwesig hier dem CDU-Mann Contra gibt. Alleinerziehende tragen eine besonders große Last, sind großen Anforderungen ausgesetzt und brauchen dringend unsere Unterstützung.

Wir wollen deshalb die im Koalitionsvertrag angekündigte Erhöhung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende und seine Staffelung nach der Kinderzahl umsetzen. Der Entlastungsbetrag liegt seit seiner Einführung im Jahr 2004 bei 1.308 Euro. Eine Anpassung ist somit überfällig, wir streben eine Anhebung um 300,- Euro auf 1.608 Euro an.

Außerdem wollen wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld rückwirkend für 2014 anheben.

**... mehr Politik auf
www.bernd-ruetzel.de**

Aus dem PARLAMENT



MEHR SOZIALHILFE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG OHNE EIGENEN HAUSHALT

Erwachsene Menschen mit Behinderungen, die bei Angehörigen leben, bekommen zukünftig mehr Sozialhilfe. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kündigte an, dass der Regelsatz auf das Niveau für Alleinstehende angehoben wird.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion begrüßen, dass Andrea Nahles mit dieser Regelung eine Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen (eingeführt unter Schwarz-Gelb) endlich beendet.



Volljährigen Menschen mit Behinderungen, die wegen ihrer Beeinträchtigung noch zuhause leben, wird nicht weiter die Sozialhilfe gekürzt. Künftig erhalten sie 80 Euro mehr als heute. Für 2016 hat Sozialministerin Andrea Nahles eine grundsätzliche Reform der Regelsätze angekündigt. Bis diese in Kraft tritt, soll diese Übergangsregelung gelten.

Alleinstehende Erwachsene, die Sozialhilfe erhalten, fallen in die Regelbedarfsstufe I und erhalten damit einen Regelsatz von 399 Euro. Erwachsene, die weiter im elterlichen Haushalt leben, werden seit 2011 jedoch in die Regelbedarfsstufe III eingeteilt. Seitdem mussten sie eine Kürzung ihrer Sozialhilfeleistungen um 20 Prozent hinnehmen. Insbesondere Menschen mit Behinderungen, die oftmals weit über ihre Volljährigkeit hinaus von ihren Eltern unterstützt werden, waren von dieser Regelung betroffen.

Ich freue mich, dass wir diese Entscheidung von Schwarz-Gelb wieder rückgängig machen.

Ich habe mich Mitte März mit der tschechischen Arbeitsministerin Michaela Marksova zu arbeitsmarktpolitischen Themen getroffen. Es ging um den Mindestlohn und um Kabotage (wenn tschechische Lkw nicht nur durch Deutschland durchfahren, sondern in Deutschland be- und entladen).

KLARTEXT

Die unsägliche Maut

Wieso trägt die SPD-Fraktion ein so unsinniges wie überflüssiges Projekt wie die CSU-Maut mit, obwohl wir im Wahlkampf heftig dagegen mobilisiert haben? Aus dem gleichen Grund, weshalb CDU/CSU den Mindestlohn mittragen, obwohl sie diesen für unsinnig und überflüssig halten: Der Koalitionsvertrag muss eingehalten werden. Koalitionen sind keine Liebesheiraten. Wir hatten uns einen besseren Partner gewünscht. Aber es gab einfach keine seriöse Alternative zur GroKo. Das haben unsere Mitglieder auch so gesehen.

Dann ging es ans Aushandeln des Koalitionsvertrages. Und dabei mussten beide Seiten einige Kröten der anderen Seite schlucken. Eine CSU-Kröte für uns: die Maut. Die Kröten aber, die CDU/CSU schlucken mussten, sind ungleich mehr. Das sieht man an dem, was die GroKo im letzten Jahr auf den Weg gebracht hat. Alles SPD-Themen, alles unsere Pluspunkte. Kompromiss-Kröten gehören leider zur Politik – auch wenn sie uns nicht schmecken.

Aus dem PARLAMENT



MEHR WOHNUNGELD

Das Bundeskabinett hat Mitte März die gesetzliche Wohngeldreform und ihre Verankerung im Bundeshaushalt auf den Weg gebracht und damit einen wichtigen und längst überfälligen Meilenstein für geringverdienende Haushalte gesetzt. Künftig bekommen mehr Menschen Wohngeld und jeder Einzelne auch deutlich mehr.

Mit der Erhöhung des Wohngelds wird ein wichtiger SPD-Punkt des Koalitionsvertrages zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen umgesetzt.

Zentrale Regelung des Gesetzentwurfes ist die Anpassung des Wohngelds an die Mieten- und Einkommensentwicklung. Dabei werden künftig nicht die Kalt-, sondern die Warmmieten berücksichtigt. Von der Reform profitieren rund 870.000 Haushalte. Die Miethöchstbeträge werden regional gestaffelt angehoben und dabei in Regionen mit stark steigenden Mieten überdurchschnittlich stark erhöht.

Die Verbesserungen der Wohngeldleistungen kommen besonders Familien und Rentnern zugute. Das als Mietzuschuss, aber auch als Lasten-

zuschuss für Bewohner von selbstgenutztem Eigentum gewährte Wohngeld trägt somit dazu bei, die soziale Mischung unserer Städte zu erhalten und zu verbessern.

Mit der Wohngeldnovelle ist endlich eine Anpassung an reale Verbraucherpreise, Einkommensverhältnisse und Wohnkosten erfolgt.

Doch Wohngeld alleine wird die sozialen Schieflagen in Deutschland aber nicht heilen. Wir müssen in bestimmten Regionen den sozialen Wohnungsbau verstärken und so bezahlbaren Wohnraum schaffen. Hier ist aber vor allem auch die Landesregierung in Bayern in der Pflicht!

KEIN PLATZ FÜR PEGIDA IM BUNDESTAG!

Anlässlich des geplanten (und in letzter Minute abgesagten) Besuchs von Pegida-Vertretern beim stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz, haben wir verdeutlicht, dass Menschenfeindlichkeit nicht salonfähig gemacht werden darf.



Ich war Mitte März zu Gast bei unserem SPD-Landesvorsitzenden Florian Pronold in Arnstorf. Mindestlohn, Tarifeinheit, Tariftreue (in Bayern leider nicht, weil die CSU das nicht will. Deshalb gewann eine Britische Dumpingfirma die Ausschreibung der Nürnberger S-Bahn) und Leiharbeit standen zur Diskussion. Der Saal vom „Oberwirt“ war voll.

Vertreter von Gruppierungen, die das grundgesetzliche Recht auf Asyl anzweifeln und Ressentiments gegen Flüchtlinge schüren, haben im Deutschen Bundestag nichts zu suchen. Das Recht auf Schutz vor Krieg und Verfolgung sowie Religionsfreiheit sind unantastbar. Die Antwort auf Pegida kann nur sein: Mehr Demokratie und mehr Vielfalt! Daher regen wir eine gemeinsame Einladung mit CDU/CSU an Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Bündnisse wie „Dresden für alle“, „Tolerantes Sachsen“ oder den Ausländerrat Dresden an.

Aus dem PARLAMENT



Congress-Bundestag
Youth Exchange

FOR YOUNG PROFESSIONALS

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). In 2014/15 auf meine Einladung hin mit dabei: Lisa Bonengel aus Wiesthal.

Patrick, who lived in the 5th century and is considered the first Christian missionary in Ireland. Although the Irish holiday is celebrated all over the world, and even in some German cities, especially here in the US it is a very colorful holiday. This is probably due to the fact that the Irish are one of the largest ethnic ancestry groups in the United States (after the Germans). Many cities in the United States hold parades, people turn into green creatures and drink green beer. In Chicago, the green craziness goes even further, because there the



whether Irish or not - on this day anyone can pretend to be Irish.

GRÜN – das ist die Farbe des Glücks und des St. Patrick's Days (17. März). Es ist der Gedenktag des irischen Bischofs Patrick, der im 5. Jahrhundert lebte und als erster christlicher Missionar in Irland gilt. Obwohl der irische Feiertag auf der ganzen Welt und sogar bei uns in einigen deutschen Städten gefeiert wird, geht es hier in den USA besonders farbenfroh zu. Das liegt wohl nicht zuletzt

daran, dass die irische Volksgruppe (nach der Deutschen) einer der größten ethnischen Abstammungsgruppen in den USA darstellt. Viele Städte in den USA veranstalten Paraden, Leute verwandeln sich in grüne Gestalten und trinken grünes Bier. In Chicago geht das grüne Treiben noch weiter, denn hier wird für einen Tag der Fluss grün gefärbt. Dieses Spektakel war einmalig für mich und egal ob irisch oder nicht – an diesem Tag darf sich wirklich jeder als Ire ausgeben.



GREEN - That is the color of happiness and St. Patrick's Day (17th of March). It is the day of Irish Bishop

river is dyed green for a day. This spectacle was really unique, and

**Alle Beiträge von Lisa sind auf
meiner Homepage
www.bernd-ruetzel.de
nachzulesen!**

Aus dem PARLAMENT



TTIP: GLOBALISIERUNG GESTALTEN – BEWÄHRTES ERHALTEN

Die Proteste in der Partei und in der Bevölkerung beeinflussen die Verhandlungen über TTIP. Die vorgetragenen Argumente finden Gehör. Mit einer gemeinsamen Erklärung haben EU-Kommissarin Cecilia Malmström und US-Chefunterhändler Michael Fromann klargestellt, dass TTIP die kommunale Daseinsvorsorge nicht einschränken wird.

Die öffentliche Hand kann auch nach einem Abschluss der TTIP-

Verhandlungen weiter in Bereichen wie Wasser, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste frei entscheiden.

Malmström und Fromann hatten sich anlässlich eines gemeinsamen Treffens letzte Woche in Brüssel klar für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge in Europa und den USA ausgesprochen. In einer schriftlichen Erklärung machten sie deutlich, dass das geplante Handelsabkommen keinerlei Druck auf die Kommunen ausüben werde, Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge zu öffnen oder Standards abzusenken. Zudem sei auch eine Rekommunalisierung

von zeitweise privat erbrachten Leistungen selbstverständlich weiterhin möglich.

Dies ist ein richtiger Schritt. Die Daseinsvorsorge ist ein Eckpfeiler für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und darf durch ein Freihandelsabkommen keinesfalls beeinträchtigt werden. Durch die Erklärung von Malmström und Fromann ist klargestellt, dass viele Befürchtungen, die in den letzten Monaten für den Bereich Daseinsvorsorge in der Öffentlichkeit geäußert wurden, nicht zutreffen werden. Diese Aussage beider Verhandlungsseiten kommt zum richtigen Zeitpunkt.

CETA UND TTIP DIE ZIELE AUF EINEN BLICK

1.

**HANDELSBEZIEHUNGEN
INTENSIVIEREN – FAIR UND
NACHHALTIG GESTALTEN**

→ täglich gehen Waren im Wert von ca. 2 Mrd. € über den Atlantik

2 MRD. € / TÄGLICH



2.

**IMPULSE FÜR WACHSTUM,
BESCHÄFTIGUNG UND
WOHLSTAND SETZEN**



3.

**ARBEITS-, GESUNDHEITS-
UND VERBRAUCHER-
SCHUTZ, SOWIE SOZIAL-
UND UMWELTSTANDARDS
VERBESSERN**



Aus dem PARLAMENT



BRIEF VON DER PRAKTIKANTIN

Liebe Politikinteressierte,

mein Name ist Carolin Krutsch und ich komme ursprünglich aus dem Spessart. Für mein Studium der Politikwissenschaft hat es mich nach Chemnitz verschlagen; dort studiere ich im fünften Semester. Zurzeit mache ich ein sechswöchiges Praktikum bei Bernd Rützel, vier davon in Berlin und zwei im Wahlkreisbüro in Gemünden. Die bisherigen Eindrücke aus dem politischen Alltag begeistern mich sehr, ich darf an vielen verschiedenen Veranstaltungen teilnehmen und bekomme einen sehr guten Einblick in das Geschehen des Bundestages. Ich durfte zum Beispiel der Fraktionssitzung beiwohnen

BRIEF VOM PRAKTIKANTEN

Hallo,

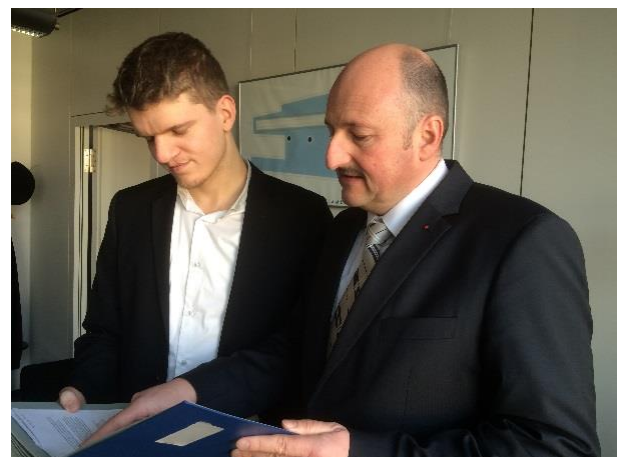
mein Name ist Alexander und ich war vom 23.02. bis zum 06.03. im Abgeordnetenbüro in Berlin als Praktikant tätig. Dort konnte ich das vielseitige Praktikantenprogramm der SPD wahrnehmen und natürlich auch direkt mit Bernd unterwegs sein. Besonders interessant und aufschlussreich fand ich die Besuche der Botschafter aus Schweden und Spanien und der finnischen Botschafterin, welche alle aus länderspezifischer Sicht ihre Vorstellungen zu Europa erläutert hatten. Daneben durfte ich Bernd zu einigen Terminen beglei-

oder Bernd Rützel zum Jahresempfang des Wehrbeauftragten in der parlamentarischen Gesellschaft begleiten. Ich bin gespannt, was mich im April im Wahlkreis erwartet!

ten; so waren wir beispielsweise an einem Mittwochabend beim Deutschlandfunk und ich konnte live miterleben, wie eine Radiodebatte abläuft. Neben all den Terminen war ich auch im Büro aktiv – nicht als Kaffeekocher und Kopierer – und konnte Bernd und seinem Mitarbeiterstab bei Rechercharbeiten unter die Arme greifen.

Mittlerweile bin ich noch bis 02.04. in Gemünden im Bürgerbüro. Hier schreibe ich jeden Morgen den Pressespiegel. Danach kommen entweder Rechercheaufgaben auf mich zu, ich helfe mit, Veranstaltungen zu organisieren und komme auch mal direkt mit dem Bürger in Kontakt.

Höhepunkt war die Kranzniederlegung des Wehrbeauftragten auf dem Ehrenfriedhof in Gemünden. Auch hier war ich direkt eingebunden und mehr als nur ein „einfacher Praktikant“.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



WEHRBEAUFTRAGTER GEDENKT KRIEGSOPFERN IN GEMÜNDEN



Auf meine Einladung hin legte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus, am Donnerstag, den 12.03., auf dem Ehrenfriedhof in Gemünden einen Kranz nieder und gedachte zusammen mit Vertretern der Kirchen, vielen Bürgerinnen und Bürgern, Honorationen und zwei Gemündener Schulklassen den Opfern von Krieg und Terror.

70 Jahre nach der Bombardierung von Gemünden, bei der 65 Prozent

der Stadt zerstört wurden, wandte sich Königshaus in seiner Rede besonders an die anwesenden Schülerinnen und Schüler: „Gut, dass sie da sind und mit uns aus der Geschichte lernen wollen. Diese über 1.000 Tote hier auf dem Ehrenfriedhof in Gemünden sind für uns alle ein Symbol dafür, dass wir nicht vergessen dürfen.“ Er selbst, so Königshaus, sei erst seit wenigen Stunden zurück aus dem Kosovo. „Dort sieht man noch heute direkt vor unserer Haustüre, wieviel Leid und Elend ein Krieg über die Menschen bringt.“ Königshaus zeigte sich erfreut über den großen Zuspruch der Bevölkerung und stellte besonders die Anwesenheit des Karlstadter Imams Ahmet Kusoglu heraus. „Das ist ein gutes Zeichen dafür, dass hier über die Religionsgrenzen hinweg miteinander gedacht wird.“

Ich erinnerte zuvor in meiner Rede an die Zerstörung der Stadt, das viele Leid der Menschen und auch daran, wie wir erst unlängst eine Gedenktafel auch für den gefallenen jüdischen Soldaten Sigmund Silch aus Gemünden angebracht haben.

Bürgermeister Jürgen Lippert dankte mir in seiner Rede für die Initiative zu dieser Gedenkstunde und nannte den Ehrenfriedhof ein „Zeichen der Mahnung an uns alle“. Mein Bundestagskollege Alexander Hoffmann mahnte alle Demokratinnen und Demokraten, angesichts des Rücktritts des sächsischen Bürgermeisters auf Druck rechter Kräfte zusammenzutreten, um nationalsozialistischen Ideen keinen Nährboden zu geben.

>>>

Nach der Kranzniederlegung trug sich Hellmut Königshaus in das Goldene Buch der Stadt Gemünden ein.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> Stimmungsvoll waren im Anschluss an die Kranzniederlegung im Beisein von Reservisten aus Hammelburg auch die Lesung durch Pfarrer Englert und die durchaus sehr politischen und aktuellen Fürbitten von Pfarrer Schweizer sowie das Musikstück „Ich hatt' einen Kameraden“, vorgetragen durch einen Stabsfeldwebel des Heeresmusik-

SUEDLINK: ERDVERKABELUNG SCHLÜSSEL FÜR AKZEP- TANZ DES NETZAUSBAUS

Vor einigen Monaten haben sich im Deutschen Bundestag die von der Trassenplanung für SuedLink betroffenen Abgeordneten überfrakti-

Diesem Thema war die jüngste Sitzung Mitte März gewidmet, zu der Vertreter der Bundesnetzagentur, des Erdkabelherstellers ABB, der Firma TenneT, des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesamtes für Naturschutz und der Landwirtschaft zum Gespräch mit den Abgeordneten eingeladen waren.

Ich bin der Meinung, dass die Verlegung der Stromkabel überall dort, wo es technisch möglich ist und die Belastungen der Anwohner vermindert ermöglicht werden muss.



korps. Besonders ergreifend war die Aktion der anwesenden Schülerinnen und Schüler, die ihrerseits zum Gedenken an das Leid der Opfer eine Kerze entzündeten.

onell zusammengeschlossen. Ende des Jahres sind die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hinzugekommen, durch deren Wahlkreise Alternativrouten verlaufen. Das war ein wichtiger Schritt, um sich nicht gegeneinander auszuspielen, sondern Interessen zu bündeln und gemeinsam zu vertreten.

Im Mittelpunkt der derzeitigen Überlegungen der SuedLink-Gruppe steht die Frage der Erdverkabelung.

Starre Quoten, die die Erdverkabelung begrenzen, sind wenig hilfreich. Es ist gut, dass die Bundesnetzagentur die Quotierung von Erdkabel-Abschnitten aufgegeben hat. Die SuedLink-Gruppe erarbeitet zurzeit eine gemeinsame Position zur Novelle des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG), die gerade von der Bundesregierung vorbereitet wird. Wir wollen, dass die Möglichkeiten für eine Erdverkabelung noch über die vom Bundeswirtschaftsministerium angekündigten Erweiterungen hinausgehen.

Ich sehe die Frage der Erdverkabelung als entscheidend für die Akzeptanz des Netzausbaus in der >>>

**Folge mir auf facebook
(auch ohne facebook-Konto!):
[www.facebook.com/
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> Bevölkerung. Sie ist damit auch entscheidend für das Gelingen der Energiewende. 47 Prozent Kernenergie gilt es in Bayern zu ersetzen. Da hilft es nicht weiter, den Bedarf neuer Stromtrassen zu leugnen, es müssen konstruktive Lösungen erarbeitet werden. Die Belastung der Anwohner muss möglichst gering bleiben. Die richtige Trassenwahl und die Ausweitung der Erdverkabelung sind deshalb besonders wichtig.

Dass SuedLink für die Energieversorgung Bayern nötig ist, hat auch der Energiedialog der Bayerischen Staatsregierung unter Staatsministerin Aigner nicht ernsthaft bezweifelt. Die Formel „2 minus x“ hat für SuedLink keine Konsequenzen.

Nicht derjenige setzt sich am effektivsten für die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner einer möglichen SuedLink-Trasse ein, der zu diesem Thema am häufigsten in der Zeitung steht. Gemeinsam mit Alexander Hoffmann habe ich alle uns zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung gesetzt und werde das auch weiter tun. Zuletzt haben wir dafür gesorgt, dass sich der Präsident der Bundesnetzagentur noch im April gemeinsam mit Vertretern der Initiative „MSP-Link“ vor Ort einen eigenen Eindruck von der Situation verschaffen wird.

Immer wieder wird behauptet, die Entscheidung über SuedLink falle in Berlin. Das ist so nicht richtig. Die politische Entscheidung über die Notwendigkeit des Netzausbaus ist bereits in der vergangenen Legislaturperiode gefallen – und Seehofer hat ihr für Bayern zugestimmt.

Der damals im Netzausbauplan festgestellte Bedarf wird laufend unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen überprüft. Da können Sie sicher sein!

GESPRÄCH MIT VER.DI UND POST-BETRIEBSRÄTEN



v. l. Roland Köhler, Ayfer Arayici, Bernd Rützel und Patrick Gerson

Jeder kennt den neuen, strahlend gelben Bau an der B27 auf Höhe der Dürrbachau in Würzburg. Hier eröffnete die Post AG in Sichtweite zu „Pocco“ und „Media Markt“ un­längst ein neues Paketverteilzentrum. Doch so strahlend die Fassade, so problematisch die Arbeitsbedingungen dort.

Ich traf mich daher im Rahmen meiner regelmäßigen Gespräche mit den Gewerkschaften Anfang März mit Patrick Gerson von der Gewerkschaft ver.di und mit Ayfer Arayici und Roland Köhler, Betriebsräten der Deutschen Post AG, um mich aus erster Hand über die Personalpolitik der Post zu informieren.

Die drei Arbeitnehmervertreter sprachen mit mir vor allem über die missbräuchliche und sinnentwendete Anwendung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes bei der Deutschen Post AG und über die Pläne, Personal in neue Gesellschaften auszugliedern, um damit den Lohn zu drücken und die >>>

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> betriebsverfassungsgemäße Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter systematisch zu unterlaufen.

„Hier will man wie noch nie zuvor in der 500-jährigen Geschichte der Post auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Profit steigern“, so Arayici, Gerson und Köhler. Sie befürchten auch, dass die zum 1. März durchgeführte Ausgliederung der Paketzustellung in die neu gegründete DHL Delivery GmbH nur ein erster Schritt im Bestreben der Post ist, das Lohnniveau flächendeckend zu Gunsten der Investoren und einer höheren Dividende zu drücken.

Ich zeige mich solidarisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Denn Tarifvertragstreue ist ein hohes Gut. Wer aus diesen Verträgen flüchten will, darf sich nicht wundern, wenn er in der Gesellschaft an Ansehen und Zustimmung verliert.

**Folge mir auf facebook
(auch ohne facebook-Konto!):
[www.facebook.com/
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)
Tagesaktuelles findest Du
auch auf meiner Homepage:
www.bernd-ruetzel.de**

TARIFKONFLIKT BEI DER DEUTSCHEN POST AG

In dieser Woche fand im Plenum des Deutschen Bundestages eine kurzfristig angesetzte „Aktuelle Stunde“ zum Tarifkonflikt bei der Deutschen Post statt. Der Grund war derselbe wie bei meinem Gespräch mit den Post-Gewerkschaftern in meinem Gemündener Büro: die Ausgliederungspläne der Post auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen. Hier Auszüge aus meiner Rede im Parlament – die komplette Rede gibt es auf meiner Homepage und auf meiner facebook-Seite als Video.

„Die vielen vermeintlich kostenlosen Bestellungen und Rücksendungen im Internethandel haben ihren Preis – und den dürfen nicht die Zusteller bezahlen!“

„Ich sehe den Druck der Post, sich in einem knallharten Wettbewerb durchzusetzen – sein Geschäft möglicherweise noch auszubauen und auch sehr viel Geld zu investieren. Doch wer wissen will, wie hoch dieser Druck ist, muss nur die Paketzusteller auf der Straße und vor der Haustüre beobachten, wie sie von Kunde zu Kunde hetzen.“

„Von den 180.000 Beschäftigten der Post sind momentan 26.000 befristet angestellt. Ich begrüße daher sehr, dass die Deutsche Post nun erkannt hat, dass dies ein jahrlanger Fehler gewesen ist und sich nun entschieden hat, diese Beschäftigungsverhältnisse zu entfristen. Wer aber glaubt, dass jetzt alles gut sei, der irrt sich gewaltig: denn feste Arbeitsverträge erhalten diese Kolleginnen und Kollegen nur in einer neuen GmbH. Im ganzen Land sollen sogenannte Delivery GmbHs gegründet werden. Eine Post in der Post sozusagen. Dort sollen nicht die Posttarifverträge, sondern die jeweils regional geltenden Tarifverträge der Speditions- und Logistikbranche zugrunde gelegt werden. Dadurch erhalten die Beschäftigten deutlich weniger Geld!“

„Bereits vor zwei Wochen habe ich mich zu diesem Thema mit Gewerkschaftsvertretern in meinem Wahlkreis getroffen [siehe Seite 12]. Und erst gestern habe ich dazu mit der ver.di-Spitze telefoniert: Die Gewerkschaften hätten sogar Verständnis für solche Maßnahmen, wenn es dem Unternehmen schlecht ginge, wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden. Tatsächlich ist es aber so, dass die Gewinne in den letzten Jahren immer weiter anstiegen >>>

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> und die Dividendenausschüttung im letzten Jahr um 14 Prozent und in diesem Jahr um 6 Prozent erhöht wurde.“

„Der Börsen-Zeitung kann man entnehmen, dass der Vorstandsvorsitzende der Post im letzten Jahr 9,6 Mio. Euro erhalten hat. Ich will nicht über die Höhe des Gehaltes diskutieren, nachdenklich macht es mich aber schon. Ich frage mich, ob dann die Löhne der Mitarbeiter zu hoch sind und das Unternehmen Post sich solche GmbHs ausdenken muss, um diese zu drücken.“

DEM BUNDESTAG AUF'S DACH GESTIEGEN

50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Aschaffenburg, Miltenberg, Main-Spessart und Würzburg besuchten auf meine Einladung hin vom 10. bis 13. März die Bundeshauptstadt Berlin. Auch mit dabei: die Osteoporose-Gruppe aus Gemünden unter der Leitung von Elfriede Többe, über deren Teilnahme ich mich besonders freute.

Nach dem Bezug des Hotels ging es dann auch gleich rein in den Bus und auf den Ku-Damm in die Ausstellung



„The Story Of Berlin“. Stimmungsvoller kann man kaum in der Hauptstadt ankommen.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des Parlaments. Nach einer interessanten und abwechslungsreichen Stadtrundfahrt besuchte die Gruppe den Reichstag. Nach der Besichtigung des Plenarsaals und einem Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit der Abgeordneten diskutierte die Gruppe mit mir aktuelle politische Themen. Auch Fragen nach dem Alltag in Berlin und über meine Arbeit im Ausschuss „Arbeit und Soziales“ beantwortete ich gerne. Danach stieg die Gruppe dem Bundestag auf's Dach und machte zahlreiche Erinnerungsfotos. Damit war der Tag aber noch

lange nicht zu Ende. Auf meine Initiative hin konnte die Gruppe nochmal in den Reichstag und bekam von mir eine exklusive Führung von den Katakomben bis zur Kuppel.

Am Donnerstag folgte eine Führung durch die Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung direkt Unter den Linden, nur wenige Meter entfernt von meinem Berliner Büro. Nach einem zünftigen Mittagessen in der Landesvertretung Bayern, der „Bayerischen Botschaft in Berlin“, gab es eine Führung durch das Auswärtige Amt samt Informationen zur weltweiten Arbeit der Diplomatinen und Diplomaten in Zeiten vieler Krisen. >>>

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> Emotionaler Höhepunkt am Freitag war die Führung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi. Ehemalige Insassen berichten von ihrem Leiden und von den Folterpraktiken der Staatssicherheit mitten in Deutschland. Voller Eindrücke, sicherlich auch etwas müde, ging es dann am Freitagmittag mit dem Zug zurück in die Heimat.

MIT UNTERFRANKENS WIRTSCHAFT IM GESPRÄCH



Dr. Albert Franz, Leiter des Industrie-centers Obernburg (li.) und Andreas Eule (re.), CEO der Cordenka GmbH (Obernburg). Ich habe beide in Berlin getroffen und wir haben über die Wirtschaftsbedingungen in der chemischen Industrie und den Wirtschaftsstandort Untermain gesprochen.

REGIONALKONFERENZ DER UNTERFRANKENSPD



Am Freitag, den 13. März, fand in Würzburg die Regionalkonferenz der UnterfrankenSPD statt. Was mich sehr gefreut hat: Der Saal war voll und wir haben festgestellt, dass wir eine ganze Menge für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreicht haben. Gastredner war der Chef der bayerischen SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, mein guter Freund Martin Burkert aus Nürnberg (Foto oben).



In vier Arbeitsgruppen haben wir uns den Fragen der Infrastruktur, Kommunal Finanzen, Barrierefreiheit und Wohnen angenommen. Aus den Ergebnissen werden wir ein Arbeitsprogramm für die UnterfrankenSPD erarbeiten. Herzlichen Dank an alle, die sich hierfür engagiert haben und noch engagieren werden – denn die Arbeit beginnt jetzt erst richtig ...

BERUFSINFORMATIONSTAGE GEMÜNDEN



60 Aussteller warben am 13. März in der Scherenberghalle um Nachwuchskräfte und Auszubildende. Ich war natürlich an allen Ständen, an denen es auch etwas zum Essen gab ...

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



DISKUSSION IN DER SCHULE



Der 13. März begann allerdings mit einer Diskussion in der Realschule Gemünden. Ich diskutierte mit den SchülerInnen über die aktuelle Politik. Sie wussten sehr gut Bescheid. Habe mich darüber sehr gefreut.

HOCHWASSERSCHUTZ

Als Abgeordneter mit Main-Bezug ist es mir besonders wichtig, dass die SPD weitere 300 Millionen Euro für den Hochwasserschutz in den Verhandlungen mit CDU/CSU rausgeholt hat. Ein guter Tag für AB, MIL, MSP und WÜ. Jetzt muss Bayern nachziehen und ebenfalls mehr Geld zur Verfügung stellen.

**Folge mir auf facebook
(auch ohne facebook-Konto!):
[www.facebook.com/
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

FRAUENFRÜHSTÜCK

Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März lud ich öffentlich zu meinem ersten „Frauenfrühstück“ in mein Gemündener Bürgerbüro! Ich habe mich sehr über den vielen Besuch gefreut. Nächstes Jahr mache ich das wieder. Einziger Nachteil: Ich musste den Abwasch alleine machen.



FROHE OSTERN!

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen und Euch allen frohe Ostertage!

Auf dem Foto sieht man den schokoladigen Ostergruß, den wir SPD-Abgeordneten bei unserer letzten Fraktionssitzung vor der Osterpause auf unseren Plätzen im Fraktionssaal fanden. In diesem Saal, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Reichstagskuppel, halten wir in den Sitzungswochen des Parlaments unsere wöchentlichen Fraktionssitzungen ab.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRAG

MdL GEORG ROSENTHAL



Foto: Katrin Heyer

Sprecher der unterfränkischen SPD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag

Kommt es zu einer Radikalisierung junger Muslime in bayerischen Haftanstalten? Ehrenamtliche Gefängnisseelsorger aus der Türkei bilden die vielfältige Glaubenswelt der Muslime nicht ab

Um eine Versorgung mit muslimischen Gefängnisseelsorgern, die mäßigend auf die jungen Häftlinge einwirken könnten, steht es in Bayern schlecht. Dies zeigt die Antwort des bayerischen Justizministeriums auf eine Anfrage des Würzburger SPD-Landtagsabgeordneten Georg Rosenthal.

Dass jedoch in bayerischen Gefängnissen eine Radikalisierung der Häftlinge nicht auszuschließen ist, zeigen fünf Fälle früherer Häftlinge, die nachweisbar in den Nahen Osten ins

Kampfgebiet gereist sind. „Wir brauchen deutschsprachige Islamgelehrte, die einen Zugang zu den jungen Menschen finden und eine aufgeklärte Religion lehren.“

Nach Angaben des Justizministeriums kommen auf 1259 erwachsene Gefangene muslimischen Glaubens und weitere 129, die im Jugendvollzug einsitzen, in ganz Bayern gerade einmal 26 muslimische Seelsorger. In den unterfränkischen Haftanstalten Würzburg, Schweinfurt und Ebrach ist je einer im Einsatz. Überwiegend handelt es sich bei den Seelsorgern um ehrenamtlich tätige Imame, die an Islam-Instituten in der Türkei ausgebildet wurden und dem staatsnahen Verein „Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) angehören.

Rosenthal hält nicht nur die geringe Anzahl, sondern auch ihre einseitige Bindung an die Türkei für nicht geeignet, um die vielfältige Glaubenswelt der Muslime abzubilden: „Das sind völlig unbefriedigende Bedingungen, die es radikalen Aufpeitschern leicht machen.“

Abgeordnetenbüro

Georg Rosenthal

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel 0931 99110-161, Fax -162

buergerbuero@georg-rosenthal.de

GASTBEITRAG

MdL MARTINA FEHLNER



Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Unterstützung der unterfränkischen Wein- und Obstbaubetriebe bei der Bekämpfung der Kirschessigfliege

Um die Arbeit und Existenz der Wein- und Obstbaubetriebe in Unterfranken auch für die Zukunft zu sichern und damit viele Arbeits- und Ausbildungsplätze in den landwirtschaftlichen Familienunternehmen, fordere ich gemeinsam mit meinen unterfränkischen Kolleginnen und -kollegen die Unterstützung der Betriebe bei der Bekämpfung der Kirschessigfliege durch die Bayerische Landesregierung. Einen entsprechenden Antrag haben wir jetzt eingebracht. Darin fordern wir die Landesregierung auf, konkrete Maßnahmen zu benennen, wie den betroffenen Betrieben bei der Bewältigung des Problems geholfen werden kann. Das Problem: viele Winzer >>>

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> und Obstanbaubetriebe mussten in den letzten Jahren durch den Befall ihrer Weinberge und Plantagen durch die Kirschessigfliege finanzielle Schäden hinnehmen. Hier muss schnellstmöglich gehandelt werden. Für die kommenden Jahre sind Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßnahmen dringend notwendig.

Durch die vergangenen milden Winter erwies sich auch das fränkische Weinland als neues potentiellles Einzugsgebiet der Kirschessigfliege. Sechs Prozent der deutschen Rebfläche befinden sich in Bayern und damit in Franken. Pro Jahr wird hier eine Menge von etwa 60 Millionen Flaschen abgefüllt sowie ein Gesamtumsatz von bis zu 240 Millionen Euro erzielt. Um den fränkischen Wein hat sich mittlerweile ein enormes wirtschaftliches Potenzial zur Wertschöpfung im ländlichen Raum entwickelt, beispielsweise der Tourismus in Weinfranken mit einem Umsatz von 3,2 Mrd Euro.

Foto: Martina Fehlner während der Weinlese im Herbst 2014 im Weinberg der Familie Schusser in Würth/Main

Abgeordnetenbüro

Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31,
63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

buergerbuero@martina-fehlnr.de

GASTBEITRAG

MdL VOLKMAR HALBLEIB



**Haushaltspolitischer Sprecher und
Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Landtagsfraktion**

Liebe Leserinnen und Leser,

dreistellige Millionenbeträge sind es, die sich der Freistaat Bayern durch die Lappen gehen lässt. Nicht einmalig, Jahr für Jahr ist dies der Fall, so der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem vor wenigen Tagen vorgelegten Jahresbericht 2015. Als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion muss ich feststellen, dass es gravierende Versäumnisse gibt und erhebliche Probleme der Staatsregierung im Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

Beispiel 1: Durch Probleme beim Steuervollzug entstehen, so der ORH, bei Einkünften aus Vermietung

und Verpachtung erhebliche Steuerausfälle von über 100 Millionen Euro.

Beispiel 2: Der Bericht zeigt auch, dass bei den bayerischen Finanzgerichten Personal vorgehalten wird, das in dieser Fülle nicht mehr gebraucht wird. Es gibt immer weniger Fälle zu entscheiden, die Zahl der Richter wird jedoch nicht angepasst. Dies wäre nun die Chance Personal, das bei den Finanzgerichten nicht mehr benötigt wird, der Steuerverwaltung zuzuschlagen.

Beispiel 3: Die Bayerische Schlösserverwaltung kann keine Aussagen zur wirtschaftlichen Mittelverwendung in ihrem Betrieb machen. Es geht hier, wie in vielen anderen Bereichen, um einfachste Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, zu denen Minister Söder offenbar nicht fähig ist.

Versäumnisse und kostspielige Fehler der Staatsregierung sorgen dafür, dass uns allen Millionen an Steuergeldern verloren gehen. Gelder, die wir an anderer Stelle gut einsetzen könnten.

Bürgerbüro Volkmarr Halbleib

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030

E-Mail: volkmarr-halbleib@

bayernspd-landtag.de